

Die EU-Globalstrategie – auf dem Weg zu einer effizienteren EU?

Dr. Gunther Hauser

Einleitung

Erstmals hatte die EU am 12. Dezember 2003 eine eigene „Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)“ beschlossen – unter Einstimmigkeit aller EU-Mitgliedstaaten. Diese ESS war somit als ein Kompromisspapier aller EU-Mitgliedstaaten zu verstehen. Ziel und Titel dieser Strategie waren „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“. Der damalige EU-Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana stellte diesbezüglich klar: „The business of the EU is going to peace not to war.“¹ In der ESS aus dem Jahr 2003 wurde bereits präventives Engagement als rechtzeitiges Handeln im Hinblick auf den verstärkten Einsatz ziviler Mittel wie Handels- und Entwicklungspolitik definiert. Die EU hatte sich bereits damals zum Ziel gesetzt, am Völkerrecht – Streitbeilegung unter Einbeziehung internationaler Organisationen und Multilateralismus – und an der Soft-Power-Prävention festzuhalten, zudem stellt die EU klar, dass kein Staat „im Alleingang“ in der Lage sei, sich den komplexen Herausforderungen wirksam zu stellen.² Diese Punkte fanden verstärkt auch Eingang in die am 28. Juni 2016 seitens der EU veröffentlichten „Europäischen Globalen Strategie“, die die ESS ablöst.³ Der Leitsatz der neuen EU-Sicherheitsstrategie lautet: „Wir brauchen ein stärkeres Europa. Das sind wir unseren Bürgern schuldig, das wird weltweit von uns erwartet.“⁴ Während die ESS aus dem Jahr 2003 noch vom dem Ziel ausging, eine „bessere Welt“ zu schaffen, geht es in der neuen „Globalen Strategie“ darum, die EU selbst in Richtung einer verstärkt koordinierten Union im Bereich Sicherheit und Verteidigung in Hinblick auf die effizientere Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen zu verändern, denn:⁵ „The EU Global Strategy starts at home.“⁶

¹ Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, „US-Sicherheitsstrategie und ihre Auswirkungen auf Europa“, Rede auf der 4. Außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 13.11.2003.

² Europäische Sicherheitsstrategie, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12. Dezember 2003, S. 1.

³ Hylke Dijkstra, The EU Global Strategy: Some Initial Reflections, CERiM – Centre for European Research in Maastricht, 29.06.2016, S. 1.

⁴ European Union, Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy, June 2016, S. 13. Vgl. dazu auch die Zusammenfassung dieser Strategie, hrsgg. von der Europäischen Union, SN/10193/16, S. 1.

⁵ Dijkstra, a.a.O., S. 1.

⁶ European Union, Global Strategy a.a.O., S. 18.

Die multidimensionale Bedrohungslage

Das umfassende Ziel der neuen Strategie, das im gesamten Papier stets betont wird, liegt darin, mittels präemptivem Engagement (wie zum Beispiel präemptivem Friedenaufbau und präemptiver Diplomatie)⁷ sowie im gemeinsamen Handeln mit internationalen Partnerschaften koordinierter, entschlossener und effizienter sicherheitspolitischer Herausforderungen entgegenzutreten. Präemptive Initiativen für den Frieden konzentrieren sich insbesondere auf Präventionsmaßnahmen und auf die Analyse von Ursachen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen.⁸ Nicht nur die Anschläge in Paris vom 13. November 2015, sondern auch die jene in und um Brüssel am 22. März 2016, der Terroranschlag in Nizza vom 14. Juli 2016 sowie jene Attacken von Würzburg, Reutlingen und Ansbach vom Juli 2016 machen deutlich: Die Sicherheitslage in Europa hat sich wesentlich im Vergleich zu 2003 verschlechtert. Als weitere sicherheitspolitische Herausforderungen für Europa sind die Ukraine-Krise, die Krise bei der Bewältigung der Massenmigrationsbewegungen aus dem Nahen Osten, aus Zentralasien sowie aus Afrika, der Kampf gegen den „Islamischen Staat“ und die auch in diesem Zusammenhang stehende Radikalisierung Jugendlicher in der EU, die anhaltende Wirtschafts-, Finanz-, Investitions- und Verschuldungskrise der Staatshaushalte sowie auch die anhaltende Verteidigungskrise zu nennen. Zudem existieren Sezessionsbestrebungen (wie im Baskenland, in Katalonien sowie in Schottland), eine allgemeine „Europamüdigkeit“ und eine Ungewissheit betreffend Zukunft Großbritanniens nach dem „Brexit“-Referendum.⁹ Gabor Iklody, Direktor des Direktorats für Krisenmanagement und Planung (CMPD) des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) in Brüssel, beschrieb die Unsicherheitslage wie folgt:

„Der Arabische Frühling, regionale Machtvakua und großangelegte internationale Eingriffe, vor allem im Irak und in Libyen, haben einen Ring der Instabilität geschaffen, eine Zone scheiternder oder gescheiterter Staaten, die von Libyen bis zum Irak und von der Sahel-Zone bis zum Horn von Afrika reicht. Diese Instabilität befeuert mittlerweile Krisen innerhalb Europas. Die Ankunft gewaltiger Flüchtlingswellen, der Horror des heimischen Terrorismus

⁷ Ebenda, S. 29.

⁸ Ebenda.

⁹ *Brendan Simms, Benjamin Zeeb*, Europa am Abgrund. Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa, Verlag C.H. Beck, München 2016, S. 9.

und eine Radikalisierung von Teilen der europäischen Bevölkerung stellen Europas Einheit in Frage.“¹⁰

Die EU, so EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, „war nie so herausgefordert, wie sie das zurzeit ist“¹¹. Gegenwärtig, so die neue EU-Strategie, erleben wir „eine existenzielle Krise innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Unsere Union ist bedroht. Unser europäisches Projekt, das uns in beispielloser Weise Frieden, Wohlstand und Demokratie gebracht hat, ist in Frage gestellt“¹². Zusammenfassend werden betreffend Bedrohungsbild folgende Punkte erwähnt:

- Im Osten Europas wird gegen das europäische Modell der Sicherheitsordnung verstoßen;
- „Terrorismus und Gewalt suchen Nordafrika und den Nahen Osten und auch Europa selbst heim.“¹³
- „Das Wirtschaftswachstum hinkt der demografischen Entwicklung in Teilen Afrikas noch immer hinterher.“¹⁴
- „Die sicherheitsgefährdenden Spannungen in Asien nehmen zu, während der Klimawandel weitere Verwerfungen verursacht.“¹⁵
- Es bieten sich gleichzeitig „aber gerade jetzt außergewöhnliche Chancen. Globales Wachstum, Mobilität und technologischer Fortschritt – neben unseren zunehmend vertieften Partnerschaften – ermöglichen fortschreitende Entwicklung, sodass mehr und mehr Menschen der Armut entkommen und länger und freier leben können.“¹⁶

EU-Verteidigung – die Vision bleibt

„Defense matters“ war das Thema des Europäischen Rates im Dezember 2013, die Botschaft des Europäischen Rates im Juni 2015 war: Verteidigung ist noch immer keine Priorität.¹⁷ 2013 waren die Schlussfolgerungen des Rates in Bezug auf Verteidigung sechs Seiten lang

¹⁰ *Gabor Iklody*, Ring der Instabilität. Die EU muss sich viel stärker um ihre südliche Nachbarschaft kümmern, in: Internationale Politik (IP), hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Juli/August 2016, S. 8-11, hier S. 8.

¹¹ *Hendrik Kafsack*, Europas Zerreißprobe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.01.2016, S. 20. Siehe dazu auch: *Gunther Hauser*, Geopolitische Dissonanzen in der Europäischen Union. Die EU in der Ukraine- sowie in der Flüchtlings- und Migrationskrise, in: Österreich – Geschichte, Literatur, Geographie, Ausgabe 1/2016, hrsgg. vom Institut für Österreichkunde, Wien 2016, S. 94-109, hier S. 108f.

¹² *European Union*, Global Strategy a.a.O., S. 13. Vgl. dazu auch die Zusammenfassung dieser Strategie, a.a.O., S. 1.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ *Jan Pie*, Time for Europe To Turn Words Into Actions, in: Defense News, 14.12.2015, S. 23.

und beinhalteten mehr als 30 Initiativen. 2015 nahmen die entsprechenden Schlussfolgerungen nur noch eine Seite ein und beinhalteten nur eine konkrete Initiative: die Erstellung einer globalen Sicherheitsstrategie der EU bis Juni 2016, diese ist vor allem im Kontext mit der „Frage nach dem angemessenen außenpolitischen Gestaltungsanspruch Europas in der Welt und dabei insbesondere dem Verhältnis zu den USA“ zu sehen.¹⁸

Mit der neuen „Europäischen Globalen Strategie“ soll mit Nachdruck die Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfassender vernetzt und auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon (EUV) in Hinblick auf Beistand gemäß Artikel 42 (7) EUV im Fall eines bewaffneten Angriffs und auf Solidarität gemäß Artikel 222 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) klarer, koordinierter und wirksamer umgesetzt werden. Die multilaterale Verteidigungsbereitschaft der EU wurde geprüft, als am 13. November 2015 nach den Terroranschlägen (130 Tote aus 26 Staaten sowie 352 Verletzte) die französische Regierung erstmals um Anwendung der Beistandsklausel gemäß Artikel 42 (7) des EU-Vertrages (EUV) von Lissabon ersucht hatte.¹⁹ Frankreich, so Präsident François Hollande, befinde sich demnach „im Krieg“.²⁰ Die EU-Mitgliedstaaten hatten daraufhin in „Gestalt der Verteidigungsminister [...] jede benötigte Unterstützung“ zugesagt“, so die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini.²¹ Sie stellt jedoch klar, dass es „um bilaterale Hilfe, also ganz ausdrücklich nicht um eine bewaffnete EU-Mission“ gehe. Und sie betont, dass es vor allem um ein politisches Signal handle. „Das kann viel sein oder auch nichts.“²² Innerhalb der EU muss gezielt geklärt werden, wie die gesamte EU in derartigen und vor allem in anderen Formen eines bewaffneten Angriffs koordiniert reagieren und erwidern soll. Auch die Rolle der drei neutralen EU-Staaten Irland, Malta und Österreich wird hier noch in Hinblick auf gemeinsames solidarisches Handeln zu erörtern und zu definieren sein. Auf jeden Fall bedarf es bei der EU-weiten Terrorbekämpfung einer noch engeren nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit: Bernard Cazeneuve, Frankreichs Innenminister, stellte fest, dass er von „keinem fremden Geheimdienst Informationen zum Aufenthalt

¹⁸ Ebenda ; und : *Annegret Bendiek / Markus Kaim*, Die neue Europäische Sicherheitsstrategie – der transatlantische Faktor, SWP-Aktuell 55, Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2015, S. 1.

¹⁹ Gemeinsamer Entschließungsantrag eingereicht gemäß Artikel 123 Absätze 2 und 4 der Geschäftsordnung anstelle der Entschließungsanträge der Fraktionen: PPE (B8-0043/2016), S&D (B8-0051/2016), ALDE (B8-0058/2016) zur Anwendung der Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) (2015/3034(RSP)), Europäisches Parlament, 20.01.2016.

²⁰ Yves-Michel Riols, Sur la Syrie, François Hollande change de priorité, in : *Le Monde*, 18 novembre 2015, S. 8. Und auch : *Comment gagner la guerre*, *L'Express*, édition spéciale du dimanche 15 novembre 2015.

²¹ *Daniel Brössler*, Auf einmal ein Verteidigungsbündnis. Ein historischer Moment: Die EU stellt den Bündnisfall fest und sichert Frankreich jede Unterstützung zu, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.11.2015, S. 2.

²² Ebenda.

Abaaouds (Anmerkung: Abdelhamid Abaaoud, Koordinator der Anschläge vom 13. November 2015) erhalten“ hatte, obwohl er zuvor quer durch Europa gereist war.²³

Die Annexion der Krim durch Russland am 21. März 2014 verurteilte die EU als Völkerrechtsbruch, das „Völkerrecht wurde auf der Krim mit Füßen getreten“. ²⁴ Die Krim ist also „de facto nicht mehr Teil der Ukraine. De iure werden wir das selbstverständlich nicht akzeptieren“. ²⁵ EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker forderte, um „Russland zu zeigen, dass die EU ihre Werte verteidigt“, die „Gründung einer gemeinsamen europäischen Armee“. ²⁶ „Eine europäische Armee hat man nicht, um sie sofort einzusetzen“, so Juncker: ²⁷ Aber sie „würde Russland den klaren Eindruck vermitteln, dass wir es ernst meinen mit der Verteidigung der Werte der Europäischen Union“. Die „zahlreichen neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen haben frühere strategische Überlegungen innerhalb der Europäischen Union zum Teil obsolet gemacht“. ²⁸

Die fünf vorrangigen Ziele der EU

Um ihre gemeinsamen Interessen voranzubringen, will die EU fünf vorrangige Ziele verfolgen: ²⁹

- Die Sicherheit der EU: die Union ist durch Terrorismus, hybride Bedrohungen, den Klimawandel, wirtschaftliche Volatilität und Unsicherheit der Energieversorgung gefährdet. So benötigt die EU geeignete Zielvorgaben und strategische Autonomie, „damit Europa fähig ist, innerhalb wie außerhalb der eigenen Grenzen den Frieden zu fördern und Sicherheit zu gewährleisten.“ Verstärken wird die EU in diesem Kontext ihre „Anstrengungen in Bezug auf Verteidigung, Cybersicherheit, Terrorismusbekämpfung, Energie und strategische Kommunikation“. Die Mitgliedstaaten sind hier im Besonderen aufgerufen, „ihre in den Verträgen verankerten Verpflichtungen zur gegenseitigen Unterstützung und Solidarität in konkretes Handeln“ umzusetzen. Zudem ist die EU bestrebt, eng „mit ihren Partnern – angefangen bei der NATO“ – zusammenzuarbeiten und ihren Beitrag zur kollektiven Sicherheit in Europa aufzustoßen.

²³ Das Versagen der Pariser Nachrichtendienste, in: Die Presse, 21.11.2015, S. 4.

²⁴ So der Außenminister Luxemburgs, Jean Asselborn, im Interview, in: Christian Ultsch, „Weltordnung ohne Moskau funktioniert nicht“, in: Die Presse, 9.07.2014, S. 6.

²⁵ Ebenda.

²⁶ EU-Sicherheitspolitik: Juncker fordert eine europäische Armee, ZEIT ONLINE, 8. März 2015, 6:39 Uhr, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/juncker-russland-ukraine-europäische-armee> (Zugriff: 01.04.2016).

²⁷ Ebenda.

²⁸ Bendiek / Kaim, Die neue Europäische Sicherheitsstrategie, a.a.O., S. 1.

²⁹ European Union, Global Strategy a.a.O., S. 18-43. Vgl. dazu auch die Zusammenfassung dieser Strategie, a.a.O., S. 3-4.

- Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Staat und Gesellschaft in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU, also zwischen Zentralasien und Zentralafrika. Glaubwürdige Beitrittsprozesse sollen auf „strikten und fairen Bedingungen“ beruhen als Beitrag „für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Länder des westlichen Balkans und der Türkei“.
- Verwirklichung eines integrierten Ansatzes zur Konfliktbewältigung: Das beinhaltet die Umsetzung des „umfassenden Ansatzes der EU für Konflikte und Krisen“ durch eine „kohärente Nutzung aller der Union zur Verfügung stehenden Strategien“. Diesbezüglich zielt die EU auf ein Handeln „auf allen Ebenen des Konfliktverlaufs“ ab, „wenn es um die Prävention, die verantwortungsvolle und entschlossene Krisenreaktion, Investitionen in die Stabilisierung und die Vermeidung eines voreiligen Rückzuges beim Ausbruch einer neuen Krise geht“. Folglich will die EU auf unterschiedlichen Ebenen der Governance tätig werden. Konflikte wie in Syrien und Libyen können von der EU nicht allein gelöst werden: „Ein dauerhafter Frieden kann nur durch umfassende Vereinbarungen erzielt werden, die auf breiten, tiefen und dauerhaften regionalen und internationalen Partnerschaften gründen, die von der EU vorgebracht und unterstützt werden.“
- Auf Kooperation beruhende regionale Ordnungen als Antwort auf die Zunahme regionaler Dynamiken in „einer Welt, die gefangen ist zwischen globalem Druck und lokalen Gegenkräften“: „Freiwillige Formen der regionalen Verwaltung bieten Staaten und Menschen die Gelegenheit, Sicherheitsanliegen besser gerecht zu werden, die wirtschaftlichen Vorteile der Globalisierung zu nutzen, die Kulturen und Identitäten umfassender zum Ausdruck zu bringen und Einfluss in der Weltpolitik geltend zu machen.“ In unterschiedlichen Regionen Europas, im Mittelmeerraum, im Nahen Osten, in Afrika, jenseits des Atlantiks im Norden wie im Süden, in Asien sowie in der Arktis wird die EU „auf Zusammenarbeit beruhende regionale Ordnungen weltweit unterstützen“.
- Globale Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert: Die Union „bekennt sich zu einer globalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts, welche die Menschenrechte, eine nachhaltige Entwicklung und dauerhaften Zugang zu den globalen Gemeingütern gewährleistet“. Folglich ergibt sich aus diesem Bekenntnis „das Ziel, das bestehende System zu ändern, anstatt es lediglich aufrechtzuerhalten“. So ist die EU weiterhin bestrebt, „sich für eine starke Stellung der Vereinten Nationen als Fundament der auf Regeln beruhenden multilateralen Ordnung“ einzusetzen und „gemeinsam mit

internationalen und regionalen Organisationen, Staaten und nichtstaatlichen Akteuren weltweit koordinierte Maßnahmen“ zu entwickeln.

Im Kapitel „Von der Vision zur Aktion“³⁰ kündigt die EU an, ihre vorrangigen Ziele zu verfolgen, „indem wir unsere einzigartigen Netzwerke, unser wirtschaftliches Gewicht und alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente in kohärenter Weise mobilisieren“.

- Glaubwürdigkeit ist „unabdingbare Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit mit der ganzen Welt“. In diesem Kontext erfordert eine stärkere Union „auch Investitionen in alle Dimensionen der Außenpolitik. Insbesondere sind Investitionen in Sicherheit und Verteidigung dringlich“. Die Kooperation im Bereich Verteidigung soll zur Norm werden, ebenso der Aufbau einer Verteidigungsindustrie innerhalb der EU, die den Begriff „solide“ verdient.
- Darüber hinaus soll die EU reaktionsfähig werden, das diplomatische Handeln der Union „muss vollständig im Vertrag von Lissabon verankert sein“. Zudem muss die GSVP „anpassungsfähiger werden“ durch verstärkte Sondierung der intensivierten Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die „zu einer stärker strukturierten Zusammenarbeit unter voller Ausschöpfung der Möglichkeiten des Vertrags von Lissabon führen“ könnte. In weiterer Folge soll die Entwicklungspolitik „auch flexibler und stärker mit unseren strategischen Prioritäten abgestimmt werden“.
- Die EU soll auch koordinierter werden, „in all unseren externen Politikbereichen zwischen den Mitgliedstaaten und den Institutionen der EU sowie zwischen den internen und externen Dimensionen unserer Politik“. Eine bessere Koordination der EU sei demnach „für die Umsetzung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung, der Migrations- und der Sicherheitspolitik, vor allem der Terrorismusbekämpfung, besonders wichtig.“ Zudem setzt sich die EU zum Ziel, in allen Politikbereichen und Institutionen Menschenrechts- und Gleichstellungsfragen zu berücksichtigen.

Schlussfolgerungen

Es liegt nun an der EU, diese ehrgeizigen Ziele „in die Tat umzusetzen. Besonders nach der Entscheidung der britischen Bevölkerung vom 23. Juni 2016, die EU zu verlassen („Brexit“), hätte die Union die einmalige Chance, eine echte Sicherheits- und vielleicht auch eine Verteidigungsunion sowie effizienter bei der Umsetzung eines umfassenden

³⁰ *European Union*, Global Strategy a.a.O., S. 44-51. Vgl. dazu auch die Zusammenfassung dieser Strategie, a.a.O., S. 5.

Sicherheitsansatzes zu werden – wenn dies die Mitgliedstaaten der Union auch zulassen. Die NATO sowie EU-Mitgliedstaaten wie vor allem Dänemark, Estland, Lettland und Litauen stehen einer EU-Verteidigungsunion äußerst skeptisch bis ablehnend gegenüber, eine Duplizierung der NATO im Bereich Verteidigung soll somit auf jeden Fall verhindert werden. Außerdem würde die Beibehaltung der Neutralität bei den EU-Staaten Österreich, Malta und Irland beim Aufbau einer wirksamen EU-Verteidigungspolitik im Wege stehen. Neutral zu sein und gleichzeitig einem Verteidigungsbündnis anzugehören wäre ein Widerspruch in sich: „Der immerwährend neutrale Staat legt sich darauf fest, an keinem bewaffneten Konflikt teilzunehmen, weder jetzt noch in Zukunft, weder in seiner unmittelbaren Nachbarschaft noch woanders.“³¹

Noch ein Aspekt erscheint in diesem Zusammenhang bemerkenswert: Während die Bildung einer „Rules-Based Global Order“ nach wie vor ein primäres Ziel in der Globalen Strategie der EU definiert, ist dieses Ziel nicht so zentral formuliert wie das Ziel des „effizienten Multilateralismus“ in der ESS aus 2003.³² Obwohl sich die neue EU-Strategie „global“ nennt, definiert sich diese jedoch primär als regionales strategisches Konzept, die klare Betonung liegt in der Nachbarschaft der EU und den „umliegenden Regionen“. Und hier, vor allem südlich der EU, liegt eine Jahrtausendaufgabe der EU für die Umsetzung eines umfassenden zivil-militärisch-ökonomisch definierten Sicherheitsansatzes:

„Langfristige, haltbare Lösungen lassen sich nur finden, wenn wir die Probleme bei der Wurzel packen und vor Ort nachhaltige Kapazitäten aufbauen. Dazu müssen wir zuallererst die Sicherheits- und Wirtschaftsprobleme der Region umfassend angehen. Dafür gibt es keine Patentlösungen. Klarheit über unsere Ziele, die Bündelung von Ressourcen und natürlich Zeit sind nötig. Und die volle Beteiligung der Staaten der Region, denn wir können Wandel nicht von außen aufzwingen.“³³

Dazu bedarf es auch eines Überdenkens der Entwicklungszusammenarbeit der EU. Im Jahr 2015 gab die EU als größter weltweiter Geber insgesamt 80 Milliarden Euro an Entwicklungshilfe aus. Diese muss jedoch noch gezielter als bisher in den Aufbau nachhaltiger lokaler Fähigkeiten investiert werden, vor allem in die Bereiche verantwortungsvolle Regierungsführung und betriebliches Know-how, das Arbeitsplätze

³¹ *Heinrich Payr*, Die schwierige Kunst der Neutralität, Böhlau Verlag, Wien-Köln 1990, S. 12.

³² *Dijkstra*, a.a.O., S. 1.

³³ *Gabor Iklody*, Ring der Instabilität. Die EU muss sich viel stärker um ihre südliche Nachbarschaft kümmern, in: Internationale Politik (IP), hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Juli/August 2016, S. 8-11, hier S. 8.

schaft und Migration im großen Stil verhindert: „Instabilität und schlechte Regierungsführung bilden den Nährboden für radikale Gruppen und Terroristen.“³⁴ Staaten wie Jordanien und der Libanon müssen bei der Bewältigung der Massenflucht aus Syrien noch mehr finanziell und logistisch unterstützt werden, diese tragen gemeinsam mit der Türkei die Hauptlast bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme. In diesem Zusammenhang muss auch gegen den Menschensmuggel effizienter vorgegangen werden, einem Wirtschaftszweig der organisierten Kriminalität, der 2015 mindestens einen Umsatz von vier Milliarden Euro generierte.³⁵ In Bezug auf den so genannten „Export europäischer Werte“ in die Nachbarregionen muss noch Folgendes klargestellt werden: Die EU soll vermeiden,

„‘Fertiglösungen‘ aufzuzwingen oder die Latte zu hoch zu legen, wenn wir über Regierungsführung sprechen. Es geht um einen schrittweisen Ansatz, der Geduld erfordert und die Einsicht, dass tiefsitzende Traditionen nicht über Nacht zu ändern sind. Wenn wir uns zu hohe Ziele setzen, führt das zu Frustration auf beiden Seiten, und die Wirkung ist gleich null.“³⁶

Dieser Beitrag erschien in den Berichten an die Freunde der Landesverteidigungsakademie, Heft 3/2016.

OR Mag. Dr. Gunther Hauser, Ehrenprofessor an der Donau-Universität Krems, ist Leiter des Referats Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie sowie Vizepräsident des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. in Hamburg.

³⁴ Ebenda, S. 9.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda, S. 11.